

ARBEITSHEFTE AUS DEM OTTO-STAMMER-ZENTRUM

NR. 22

Der rechte Rand bei den Europawahlen 2014

von

Richard Stöss

Berlin, September 2014

Die "Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum" stehen (bis auf Nr. 3) im Internet als Downloads (PDF) zur Verfügung:

<http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/schriften/Arbeitshefte/index.html>

Das Manuskript wurde am 12.7.2014 abgeschlossen.

Impressum:

Prof. Dr. Richard Stöss (i.R.)
Freie Universität Berlin
Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft
Otto-Stammer-Zentrum (Arbeitsstelle für Empirische Politische Soziologie)
Inhnestr. 21, 14195 Berlin
Tel.: (030) 838-54959; Fax: (030) 838-54960
Internet: <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/mitarbeiter/stoess/index.html>
E-Mail: rstoess@zedat.fu-berlin.de

Inhalt

Problemstellung	4
EU-Skepsis in der Diskussion.....	6
Das Ergebnis der Europawahlen im Lichte der EU-Skepsis.....	9
Parteitypen am rechten Rand	10
Das Ergebnis der Europawahlen im Lichte des Links-Rechts-Schemas	14
Ergebnis und Bewertung.....	19
Anhang: Grafiken und Tabellen, Abkürzungsverzeichnis	22

Problemstellung

Europawahlen finden bekanntlich nicht in der EU sondern in den derzeit 28 Mitgliedsstaaten der EU statt. Parteien bzw. ihre Kandidaten bewerben sich für Sitze im Europaparlament nicht in der EU sondern in den einzelnen Ländern¹. Daher macht es auch keinen Sinn, das Ergebnis der einzelnen Parteien bezogen auf die in der EU insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen (absolut und relativ) auszuweisen. Da sich an den Europawahlen 2014 über 300 Parteien beteiligt haben dürften, wäre eine derartige Übersicht auch recht unhandlich. Und selbst eine Tabelle mit dem Anteil der Mandate der 182 erfolgreichen (Parlaments-)Parteien an der Gesamtzahl der Mandate (2014: 751) wäre wenig aussagekräftig. Denn in den Mitgliedsstaaten gelten unterschiedliche Rechtsverhältnisse, und die Anzahl der Mandate, die einem Land zustehen, ist Ergebnis politischer Entscheidungen (Vertrag von Lissabon 2007/09). "So vertritt etwa ein deutscher Abgeordneter rund doppelt so viele Bewohner seines Landes wie sein dänischer Kollege und sogar rund zehnmal so viele wie ein Parlamentarier aus Luxemburg."² Die deutsche NPD benötigte für einen Sitz im Europaparlament nur 1 Prozent der Stimmen, die ebenfalls rechtsextreme bulgarische Ataka ging dagegen mit 3 Prozent der Stimmen leer aus. Die dänischen Sozialisten erhielten für 11 Prozent auch nur einen Sitz im Europaparlament, und die estnische Zentrumspartei bekam sogar für 22 Prozent nur einen Sitz.

Als Endergebnis von Europawahlen gilt gemeinhin die Stärke der Fraktionen, zu denen sich die Parlamentsparteien im Europaparlament zusammengefunden haben. Die Ergebnisse werden vorzugsweise als Balken- oder Tortendiagramm dargestellt. Angezeigt werden die Anzahl der Mitglieder der einzelnen Fraktionen und der Fraktionslosen sowie ihr prozentualer Anteil an der Gesamtzahl der Abgeordneten. Grafik 1 berichtet das Ergebnis von 2009, das Balkendiagramm nach der Fraktionsstärke, das Tortendiagramm nach der Sitzordnung im Plenum (Grafiken und Tabellen im Anhang). Die Fraktionen bilden sich im Prinzip nach ideologisch-programmatischen Gesichtspunkten, politisch-strategische Aspekte können jedoch auch eine Rolle spielen. Dazu zwei Beispiele:

1 Da es sich um mehrere gleichzeitig stattfindende nationale Wahlen handelt, scheint mir die plurale Bezeichnung *Europawahlen* angebracht.

2 Europawahl. Eine Analyse der Wahl vom 25. Mai 2014, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V. Nr. 156, Mannheim, Juni 2014, S. 25.

So hat die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR) die Alternative für Deutschland (AfD) aufgenommen, obwohl sich das die Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende Angela Merkel gegenüber dem Chef der britischen Konservativen David Cameron verbeten haben soll (SZ v. 13.6.2014, TAZ v. 13.6.2014, Der Spiegel Nr. 25 v. 16.6.2014, S. 38). Ein Teil der Tories hat offenbar gegen den Willen von Cameron für die Aufnahme gestimmt, was von der CDU als Affront gewertet wurde. Die Union betrachtet die AfD als unliebsame Konkurrenz, die ihrerseits die Aufnahme in die EKR als Anerkennung durch den etablierten Konservatismus feierte. Der EKR gehören auch die Abgeordneten der rechtsextremen Dänischen Volkspartei (DF) und der ebenfalls als rechtsextrem geltenden Wahren Finnen (PS) an. Diese waren in der abgelaufenen Legislaturperiode Mitglieder der mehrheitlich rechtskonservativen Fraktion Europa der Freiheit und der Demokratie (EFD), die von der Britischen Unabhängigkeitspartei (UKIP) unter Nigel Farage dominiert wurde. Dass sich DF und PS nun der EKR angeschlossen haben, wurde als Sieg von Cameron über seinen Erzrivalen Farage interpretiert. Der hatte daraufhin erhebliche (mittlerweile aber überwundene) Probleme, die Bedingungen für eine Fraktion (25 Abgeordnete aus sieben Beitrittsstaaten) zu erfüllen. Die Bildung einer rechtsextremen Fraktion durch Marine Le Pen (FN) und Geert Wilders (PVV) ist mit Ablauf der Anmeldefrist vorerst gescheitert. Das Projekt soll aber weiter verfolgt werden (SZ v. 25.6.2014, TAZ v. 25.6.2014)³.

Insgesamt sind die Verhältnisse im rechten Bereich des europäischen Parteienspektrums wesentlich unübersichtlicher als auf der linken Seite. Dass sich dieser Beitrag vorrangig mit dem rechten Rand befasst, hat noch einen weiteren Grund: Die (angeblich oder tatsächlich) "starken Gewinne für Rechtsradikale und für Populisten" bei den Europawahlen 2014 (SZ v. 26.5.2014). Dabei geht es mir nicht um die individuellen Motive der Wahlentscheidung zugunsten von Rechtsaußenparteien in den einzelnen Ländern sondern auf hoch aggregierter Ebene um Gewichtsverlagerungen zwischen den Fraktionen, vor allem innerhalb des rechten Spektrums.

Wie gesagt vollzieht sich die Fraktionsbildung in erster Linie nicht nach politisch-strategischen sondern nach weltanschaulichen Gesichtspunkten. Daher lassen sich die Fraktionen auch entlang einer Links-Rechts-Achse abbilden (Grafik 2), was auch der Sitzordnung des Parlaments entspricht. Die Verortung von Parteien nach ihrer Ideologie stellt ein gebräuchliches und bewährtes Verfahren gerade auch in der international vergleichenden Politikwissenschaft dar. Es beruht auf den maß-

3 Fraktionen können jederzeit gebildet, verändert oder aufgelöst werden.

geblichen sozioökonomischen und politisch-kulturellen Konfliktlinien moderner Industriegesellschaften. Schon im Vorfeld der diesjährigen Europawahlen prägte jedoch ein anderes Konfliktmodell die öffentlichen Debatten: Befürwortung oder Ablehnung der europäischen Integration. Überraschende Prominenz erlangte der Begriff "Skepsis" in den Wortschöpfungen "Europaskepsis", "EU-Skepsis" oder "Euro-Skepsis"⁴. Davon war nun allenthalben in den Statements von Journalisten, Politikern und Analysten die Rede. In einer Publikation der Friedrich-Ebert-Stiftung über das Ergebnis der Europawahlen 2014 wurde die Auffassung vertreten, dass der Europa-Konflikt den Links-Rechts-Konflikt überlagert habe:

*"Die Wahlen haben die über Jahrzehnte auf nationaler Ebene gültige Leitdifferenz zwischen Links und Rechts an den Rand gedrängt. Sie wird von der Differenzierung zwischen Pro- und Anti-Europäern überlagert. Auf EU Ebene wird es für die etablierten Parteien innerhalb der Brüsseler Konsensmaschine gleichzeitig schwieriger und notwendiger, politische Alternativen sichtbar zu machen."*⁵

Damit stellt sich vor allem die Frage, welche der beiden Sichtweisen (Links-Rechts-Konflikt oder Europa-Konflikt) differenziertere Einsichten in das Ergebnis der Europawahlen 2014 ermöglichen. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die Stärken und Schwächen der Skeptizismus-These und die Ursachen ihrer plötzlichen Prominenz zu erörtern. Im Fokus steht dabei der rechte Rand des Parteienspektrums, der als besonders EU-skeptisch und wegen seiner internen Dynamik als schwer berechenbar gilt und daher besondere Aufmerksamkeit verdient.

EU-Skepsis in der Diskussion

Wie erwähnt prägten die Begriffe "Europaskepsis" und "Euro-Skepsis", vor allem aber "EU-Skepsis", die öffentliche Debatte über das Ergebnis der Europawahlen. Die Botschaft der Medien, der Politik und der Experten lautete damals unisono, Europa sei nach rechts gerückt. Allerdings befänden sich die proeuropäischen Kräfte immer noch in der Mehrheit. Sie würden rund 70 Prozent aller Abgeordneten des Europaparlaments stellen, während 30 Prozent der Sitze von Euro-

4 Diese drei Skeptizismen werden häufig synonym verwendet, obwohl sie über einen unterschiedlichen Bedeutungsgehalt verfügen.

5 Friedrich-Ebert-Stiftung, Referate Westeuropa/Nordamerika sowie Mittel- und Osteuropa: Europa hat gewählt. Kurze Analyse der Wahlen zum Europäischen Parlament 2014, Berlin, Juni 2014, S. 2.

paskeptikern besetzt seien. Deren Stärke habe gegenüber den Vorwahlen 2009 um etwa zehn Prozent zugenommen⁶. Als Beleg dafür wurde immer wieder auf die britische UKIP, auf die dänische DF und auf den französischen FN hingewiesen, die bei den Europawahlen von den Bürgern ihres Landes jeweils zur stärksten Partei gemacht wurden. Aber schon im Vorfeld der Wahlen wurde vermutet, dass rechte Parteien erfolgreich sein werden, wobei sich die Rechts-Links-Terminologie mit den Begriffen "Populismus" und teilweise auch "Protest" vermischte. In Spiegel-Online hieß es unter der Überschrift "Europas Feinde am rechten Rand" unter anderem: "Die europäischen Rechtsaußenparteien ... sind europaskeptisch und nationalkonservativ. Mit ihren Parolen wollen die rechtsextremen und rechtspopulistischen Gruppen vor den Europawahlen gezielt provozieren."⁷ Damit waren alle möglichen Charakteristika in einem Absatz vereint, was als symptomatisch für die verbreitete begriffliche Unsicherheit gelten kann.

Bereits Ende Januar 2014 hatte die Deutsche Bank eine Simulation des Ausgangs der Europawahlen für EU-skeptische Parteien veröffentlicht. Dabei wurde "zwischen rechten und linken Kräften und zwischen gemäßigten und harten Parteien⁸ unterschieden". Weiter hieß es: "Ausgehend von nationalen Wahlumfragen simulieren wir drei mögliche Szenarien des Wahlausgangs. Wir schätzen die Wahlergebnisse für insgesamt 28 EU-skeptische Parteien aus 16 Ländern bei unterschiedlicher Wählermobilisierung in einer Momentaufnahme und unter vereinfachten Annahmen."⁹

Die Schätzungen für gemäßigte EU-Skeptiker von rechts bewegten sich zwischen 77 (Szenario 1) und 127 Sitzen (Szenario 3), die für harte EU-Skeptiker von rechts zwischen fünf und neun Sitzen. Den gemäßigten EU-Skeptikern von links wurden bis zu 52 Sitze, den harten EU-Skeptikern von links bis zu 15 Sitze zugetraut (jeweils Szenario 3). Im Schnitt wurden die rechten EU-Skeptiker als doppelt so mächtig vorhergesagt wie die linken EU-Skeptiker. Insgesamt wurde für alle EU-

6 So z.B. die SZ v. 27.5.2014, S. 6.

7 Spiegel.de/politik/ausland, 24.3.2014, 11:52 Uhr (20.4.2015).

8 "Gemäßigte EU-Skeptiker lehnen bestimmte Aspekte des europäischen Integrationsprojektes oder der EU in der gegenwärtigen institutionellen Form ab. Im deutschen Kontext fokussiert sich dies auf den Euro als gemeinsame Währung. Gemäßigte EU-Kritiker gibt es aber auch in Ländern, die noch nicht Mitglied des Eurowährungsgebietes sind. Geläufig ist hier das Argument, dass das supranationale Vertragswerk nationalen Interessen entgegenstehe. Harte EU-Skeptiker lehnen den europäischen Integrationsprozess hingegen grundsätzlich ab, damit folgerichtig auch die Mitgliedschaft in der EU. Ein Interesse an einer Weiterentwicklung des Integrationsprozesses besteht nicht."

9 Nicolaus Heinen/Florian Hartleb: EU-Skeptiker im Aufwind? Wirtschaftspolitische Implikationen der Europawahl, Deutsche Bank Research: EU-Monitor Europäische Integration v. 31.1.2014, S. 1.

skeptischen Parteien in Szenario 1 128 Sitze (17%), in Szenario 2 163 Sitze (22%) und in Szenario 3 203 Sitze (27%) prognostiziert (Tabelle 1).

Bemerkenswert an der Studie der Deutschen Bank ist zunächst einmal, dass "EU-Skepsis" die Grundlage für eine Parteienfamilie¹⁰ bildet, die quer zu den nach weltanschaulichen Aspekten geformten Parteienfamilien (Sozialisten, Liberale, Konservative etc.) liegt. Schon das Spektrum der gemäßigten EU-Skeptiker von rechts umfasst so verschiedene Parteien wie die deutsche AfD und den französischen FN. Und dies obwohl sich beide Parteien sowohl hinsichtlich ihrer ideologisch-programmatischen Grundorientierung als auch hinsichtlich ihrer Europakritik deutlich unterscheiden. Und wenn dann auch noch in der Tradition des Extremismuskonzepts linke Parteien wie die deutsche Linkspartei, die italienische Fünf-Sterne-Bewegung (M5S)¹¹ oder die griechische Syriza in dieselbe Schublade gestopft werden, dann stellen sich gravierende Zweifel am Erkenntnisgewinn dieses Vorgehens ein.

Weiterhin wird nicht nach berechtigter und unberechtigter EU-Skepsis unterschieden. EU-Skepsis gilt den Vertretern dieses Konzepts vielmehr implizit als abweichendes Verhalten vom Mainstream. Aus dieser Perspektive gleichen sich linke und rechte EU-Skepsis und können unbeschadet ihrer substantiellen Unterschiede als gemeinsame Gegner des Establishments abqualifiziert werden. Die Verwendung des Begriffs "EU-Skepsis" läuft folglich auf eine unkritische Rechtfertigung des Status quo der europäischen Integration hinaus.

Schließlich schont die Studie der Deutschen Bank den Konservatismus. Er wird nämlich gar nicht gesondert erwähnt, obwohl es sich um eine Weltanschauung handelt, die – jedenfalls im Kern – zumindest "europaskeptisch" ist. Miliopoulos unterscheidet sogar diesbezüglich fünf verschiedene

10 Einer der beiden Autoren, Florian Hartleb, hat bereits in einer früheren Publikation den Vorschlag gemacht, "euroskeptische" Parteien als gesonderte Parteienfamilie zu behandeln. Dort unterscheidet er neben den Befürwortern des EU-Integrationsprozesses "zwei Varianten kritischer Orientierungen", "den qualifizierten, 'weichen' EU-Skeptizismus" und "den unqualifizierten, pauschalen, also 'harten' Euroskeptizismus". Rechtspopulisten seien oft weiche Euroskeptiker, Rechtsextremisten dagegen harte Euroskeptiker, sie lehnten die europäische Idee aus "fundamentalen Gründen" ab. Vgl. Florian Hartleb: Die euroskeptische Parteienfamilie, in: Uwe Jun/Benjamin Höhne (Hrsg.): Parteienfamilien. Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett?, Opladen usw.: Budrich 2012, S. 306, 315. Danach entscheidet die Intensität der Euroskepsis darüber, ob eine Partei dem Rechtspopulismus, dem Rechtsextremismus oder auch dem (Rechts-) Konservatismus zuzurechnen ist.

11 Die "Grillini" (nach dem M5S-Chef Beppe Grillo) werden m.E. zu Recht dem linken politischen Spektrum zugeordnet. Denn ihr Programm weist zumeist in die Richtung von Grünen und Piraten. Grillo und ein Teil seiner eher linksalternativen Anhänger wollten sich nach den Wahlen ursprünglich wohl auch der Fraktion Grüne/EFA anschließen. Erst als dies scheiterte, wurde mit Nigel Farage (UKIP) über den Beitritt zur EFD-Fraktion verhandelt.

Positionen des Konservatismus: Euroföderalisten, Europessimisten, weiche Euroskeptiker, harte Euroskeptiker sowie EU-Feinde¹². Zu den gemäßigten EU-Skeptikern von rechts werden in der Bank-Studie nur die italienische Partei Vorwärts Italien (FI), die deutsche AfD, die britische Unabhängigkeitspartei (UKIP), die polnische Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) und die tschechische Partei der freien Bürger (SSO) gezählt. Gemäßigte oder weiche EU-Skepsis findet sich allerdings auch bei vielen (christlich-) konservativen Parteien, die in der Studie nicht genannt werden, wie etwa bei den britischen Konservativen (die immerhin mit dem EU-Austritt drohen), bei der ungarischen FIDESZ oder bei der deutschen CSU, um nur einige zu nennen. Ich werde diesen Aspekt später vertiefen.

Das Ergebnis der Europawahlen im Lichte der EU-Skepsis

Tabelle 2 enthält alle Parteien, die bei den Europawahlen 2014 Mandate errungen haben und unmittelbar nach den Wahlen in ausgewählten Printmedien als EU-skeptisch und rechtsgerichtet eingestuft worden sind (Grafiken und Tabellen im Anhang). Sie werden hier zunächst pauschal als "EU-skeptisch bis EU-feindlich" bezeichnet¹³. Es handelt sich um 19 Parteien, die in 17 Ländern insgesamt 95 Mandate erreicht haben¹⁴.

Hier zunächst einige Befunde:

- Bei den Europawahlen 2014 haben insgesamt 182 Parteien (= Parlamentsparteien) in 28 Ländern 751 Mandate erhalten. Dabei haben nach Pressemeldungen 19 rechtsgerichtete, vor allem EU-skeptische bis EU-feindliche Parteien in 17 Ländern 95 Mandate erhalten¹⁵.
- Bei den Europawahlen 2014 erzielten rechtsgerichtete EU-skeptische bis EU-feindliche Parteien in 17 von 28 Ländern (= **61%**) Mandate.

12 Lazaros Miliopoulos: Die konservative Parteienfamilie im Kontext der europäischen Integration, in: Jun/Höhne (Anm. 10), S. 140 f.

13 Zwischen den Bezeichnungen "Europaskepsis", "EU-Skepsis" und "Euro-Skepsis" ist deutlich zu unterscheiden. Hier geht es um die Skepsis gegenüber der Europäischen Union.

14 Dass die Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) dem linken politischen Spektrum zugeordnet wird, wurde in Anm. 11 begründet.

15 Die Prognose der Deutschen Bank für die EU-Skeptiker von rechts war übrigens hinsichtlich der Anzahl der Staaten und Parteien erstaunlich realistisch. Die Anzahl der erreichten Mandate liegt allerdings zwischen den Schätzungen für Szenario 1 und Szenario 2.

- Bei den Europawahlen 2014 erzielten rechtsgerichtete EU-skeptische bis EU-feindliche Parteien 95 von insgesamt 751 Mandaten (= **13%**).
- Von den insgesamt 182 Parlamentsparteien bei den Europawahlen 2014 sind 19 Parteien (= **10%**) der Gruppe der rechtsgerichteten EU-skeptischen bis EU-feindlichen Parteien zuzurechnen.

Nur am Rande sei angemerkt, dass die Bedeutung der hier betrachteten rechtsgerichteten EU-skeptischen bis EU-feindlichen Parteien für das Kräfteverhältnis im Europaparlament teilweise stark übertrieben worden ist. Von Interesse ist hier vor allem, welcher analytische Nutzen darin besteht, diese Parteien zu einer Parteienfamilie zu erklären. Die Bildung eines gesonderten Typs macht nur Sinn, wenn die Gemeinsamkeiten der in Betracht gezogenen Parteien größer sind als die Unterschiede. Selbst wenn den in Tabelle 2 gelisteten Parteien als gemeinsames Merkmal "EU-Skepsis" attestiert wird, weisen sie doch teilweise sehr verschiedene Positionen zur europäischen Integration auf, und erst recht bestehen oft gravierende ideologische Unterschiede. Dies zeigt sich schon daran, dass sie keine gemeinsame Fraktion im Europaparlament bilden. Dagegen finden sich traditionell die Parteien in einer Fraktion zusammen, die über ähnliche weltanschauliche Dispositionen verfügen: Sozialisten (GUE/NGL), Sozialdemokraten (S&D), Grüne (Grüne/EFA), Liberale (ALDE) und Christdemokraten (EVP). Die hier als EU-skeptisch bis EU-feindlich charakterisierten Parteien verteilen sich derzeit auf zwei Fraktionen (EKR, EFDD¹⁶), planen eine dritte (rechtsextreme) Fraktion und firmieren ansonsten unter der Bezeichnung Fraktionslose. Details später. Hier ist nur festzuhalten, dass es sich um eine außerordentlich heterogene Gruppe handelt, die kaum die Voraussetzungen für einen gesonderten Parteientyp erfüllt.

Parteitypen am rechten Rand

Gegenstand dieses Beitrags ist ein Ausschnitt der Links-Rechts-Achse, nämlich der rechte Rand. Die im Europaparlament vertretenen Parteien lassen sich grob in ein linkes und ein rechtes Spektrum einteilen (Tabellen 7, 8): Das linke Spektrum besteht aus den Sozialisten (GUE/NGL), den Sozialdemokraten (S&D) und den Grünen (Grüne/EFA), das rechte Spektrum umfasst die Liberalen (AL-

16 Die Fraktion Europa der Freiheit und der Demokratie (EFD) nennt sich seit dem 1.7.2014 Europa der Freiheit und der Direkten Demokratie (EFDD).

DE), die Christdemokraten (EVP), die Konservativen (EKR)¹⁷, die Rechtskonservativen (EF[D]D) und die Rechtsextremisten. Den rechten Rand bilden die Rechtskonservativen und die Rechtsextremisten¹⁸. Die Konservativen werden – obwohl sie ziemlich "EU-skeptisch" sind - ausdrücklich nicht dem rechten Rand zugerechnet, weil sie in ihren Heimatländern fast durchgängig zum demokratischen Establishment zählen. Daher werden sie hier auch als etablierte Konservative bezeichnet.

Eine andere Möglichkeit, das Parteienspektrum entlang der Links-rechts-Achse zu gruppieren, gelangt in Tabelle 9 zur Anwendung. Dort ist das Zentrum (S&D, Grüne/EFA, ALDE, EVP, EKR) von einem linken Rand (GUE/NGL) und einem rechten Rand (EF[D]D, REX, NI) umgeben. Ich werde später auf beide Modelle zurückgreifen.

In früheren Veröffentlichungen¹⁹ habe ich in Bezug auf den rechten Rand von Parteiensystemen zwischen rechtskonservativen, rechtsradikalen und rechtsextremen Parteien unterschieden, wobei die Übergänge zwischen den einzelnen Parteitypen fließend sind. Klare interne Grenzen kennt das Links-Rechts-Kontinuum nicht. Beim Rechtsextremismus handelt es sich nach meinem Verständnis um völkischen Nationalismus, wobei das völkische und das nationalistische Denken zwei Seiten ein und derselben Medaille in einem mehr oder weniger konsistenten Weltbild darstellen. Dabei habe ich drei Varianten des Rechtsextremismus unterschieden:

- Typ 1: Gemäßigt nationalistisch und fremdenfeindlich, eher systemkonformes Auftreten; Kooperation mit liberalen und konservativen Parteien, nicht aber mit rechtsextremen Parteien des Typs 2 oder 3.
- Typ 2: Nationalistisch und (neo-) rassistisch, eher systemkritische Ausrichtung; keine Zusammenarbeit mit Parteien des Typs 1, die von den Parteien dieses Typs nicht einmal dem ethno-

17 Christdemokraten und Konservative sind ideologisch eng miteinander verbunden. Bei den erstgenannten handelt es sich um primär christlich geprägte Konservative, bei letztgenannten um eher laizistische Konservative.

18 Gelegentlich wird der rechte Rand bereits rechts von den Christdemokraten verortet: "So wie es aussieht, gibt es rechts von den europäischen Christdemokraten (der EVP) drei größere Fraktionen – ein Viertel der Abgeordneten wird mithin populistisch, nationalistisch oder rechtsextrem abstimmen, jedenfalls europaskeptisch. Die Warnung der Wähler an das politische Establishment ist unüberhörbar." Cerstin Gammelin: das Problem Juncker, in: SZ v. 18./19.6.2014, S. 4.

19 Rechtsextreme Parteien in Westeuropa, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss/Melanie Haas (Hrsg.): Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2006, S. 527; Rechtsextremismus im Wandel, 3. akt. Aufl., hrsg. v. d. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung 2010, S. 181; Der rechte Rand des Parteiensystems, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.): Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden: Springer VS 2013, S. 577 ff.

nationalistischen Lager zugerechnet werden; oft auch (nur verbale) Abgrenzung gegenüber Parteien des Typs 3.

- Typ 3: (Neo-) faschistisch und (neo-) rassistisch, systemfeindliche Grundhaltung; ebenfalls keine Kooperation mit Parteien des Typs 1, aber gewisse Affinitäten zu Parteien des Typs 2.

Die völkisch-nationalistische Ideologie aller drei Typen richtet sich fundamental gegen demokratische Werte und Grundprinzipien, in der konkreten politischen Praxis können sie sich jedoch hinsichtlich ihrer Haltung gegenüber dem parlamentarisch-repräsentativen System unterscheiden (systemkonform, systemkritisch, systemfeindlich).

Wenn der völkische Nationalismus insgesamt nur schwach ausgeprägt und seine ideologische Konsistenz als weich zu bezeichnen ist, wenn sich nationalistisches nicht konsequent mit völkischem oder völkisches nicht konsequent mit nationalistischem Denken verbindet und wenn sich die politische Praxis vorrangig systemkonform vollzieht, dann sollte der Begriff Rechtsradikalismus verwendet werden. Als rechtskonservativ bezeichne ich Parteien, die über keinerlei Affinitäten zum völkischen Nationalismus verfügen und sich auch nicht gegen die Grundprinzipien der Demokratie richten. Sie stellen Ableger des eher christlich bzw. eher laizistisch geprägten etablierten Konservatismus (oder auch des Nationalliberalismus) dar und setzen sich für die Betonung bzw. Stärkung von konservativen Werten, für einen starken Staat, für Ruhe, Ordnung und Sicherheit ein, vertreten oft ein neoliberales Wirtschaftsprogramm und wollen unerwünschte Entwicklungen (Demokratisierungstendenzen in einzelnen gesellschaftlichen Bereichen, "Sozialdemokratisierung", Multikulturalismus, europäischen Integration etc.) eindämmen oder sogar rückgängig machen. Die Programme der rechtskonservativen Parteien²⁰ bestehen zumeist aus einem Katalog von konkreten Forderungen und/oder entsprechenden Versäumnissen der etablierten Parteien, ohne dass dem eine konsistente Weltanschauung zugrunde läge.

In den letzten Jahren haben sich die rechtsextremen Parteien der Typen 1 und 2 einander politisch und strategisch angenähert. Genauer: Die Parteien des Typs 2 sind zunehmend bemüht, offen faschistische und rassistische Tendenzen in ihren Reihen zu unterbinden und gegebenenfalls sogar zu sanktionieren, um sich neue Wählerpotenziale aus dem Bereich der demokratischen Parteien

²⁰ Für Parteien, bei denen nationale Belange im Vordergrund stehen, ist die Charakterisierung "nationalkonservativ" angebracht. Normalerweise ist hier aber von rechtskonservativen Parteien die Rede.

zu erschließen. Daher werden hier die rechtsextremen Parteien der Typen 1 und 2 zu einer Gruppe zusammengefasst.

Die Kategorie Rechtsradikalismus ist für die folgenden Analysen ungeeignet, weil sie ideologisch-programmatische Differenzierungen voraussetzt, die für die 28 verschiedenen politischen Kulturen in Europa nicht zu leisten sind. Vor allem verschwimmen oft, besonders in den osteuropäischen EU-Staaten, die Grenzen zwischen Rechtsradikalismus und Rechtskonservatismus. Denn in den Staaten des ehemaligen Herrschaftsbereichs der Sowjetunion ist die nationale Frage (das Auseinanderfallen von geografischen und ethnischen Grenzverläufen und die damit zusammenhängenden Probleme bei der Herausbildung von nationaler Identität) keineswegs abschließend geklärt. Dass sich in den neuen noch nicht endgültig konsolidierten Nationalstaaten selbst bei den etablierten politischen Kräften ein gewisses Maß an Nationalismus einstellt, muss als zwangsläufige Folge des Systemwechsels und im Weiteren dann der Geschichte dieser Staaten im 20. Jahrhundert gewertet werden. Aber dieser Nationalismus ist beim demokratischen Establishment nicht völkisch geprägt. Bei den nationalkonservativen Parteien finden sich allerdings irredentistische und gegen Minderheiten (Russen, Roma etc.) gerichtete, im Einzelfall womöglich sogar rechtsradikale Positionen. Auf der anderen Seite wird Russland wegen der historischen Erfahrungen und oft auch aus aktuellem Anlass vielfach als manifeste Bedrohung betrachtet, woraus das allgemeine Bedürfnis nach intensiven politischen, ökonomischen und militärischen Westbindungen erwächst. Nationalismus und Westintegration schließen sich in Osteuropa nicht aus, sie gehen sogar zumeist Hand in Hand²¹. Und auch pro-westliche und EU-skeptische Positionen sind nicht unvereinbar. EU-Skepsis oder gar –Kritik sind in Osteuropa zumeist pragmatisch begründet, während sie in Westeuropa häufiger auch ideologisch fundiert sind.

In Westeuropa orientieren sich (rechts-) konservative Parteien oft am gaullistischen Konzept des "Europa der Vaterländer", das bei der zwischenstaatlichen Kooperation die weitestmögliche Souveränität der beteiligten Nationalstaaten vorsieht. Dabei handelt es sich um einen "weichen" Nationalismus ohne expansive oder gar imperialistische Ziele. Seit einigen Jahren geht dieser Nationalismus im konservativen Spektrum allerdings Hand in Hand mit (Forderungen nach) einer restriktiven Ausländerpolitik, die primär ökonomisch bzw. wohlstandschauvinistisch begründet wird. Wenn sich damit auch nicht notwendigerweise fremdenfeindliche und schon gar nicht rassistische

21 Schwächer ausgeprägt aber durchaus vorhanden sind nationalistische und pro-östliche Bestrebungen.

Absichten verbinden, entstehen dadurch doch Brücken zum rechtsextremen Spektrum, die Wählerströme in beiden Richtungen ermöglichen und im Parteienwettbewerb auch häufig betreten werden.

Auch rechtsextreme Parteien berufen sich mittlerweile auf ein "Europa der Vaterländer", betten dieses Konzept allerdings in ihre völkisch-nationalistische Ideologie ein. Dabei ist der klassische zumeist einem "modernen", ethnopluralistischen Rassismus gewichen, der in Gestalt des Antisemitismus in Westeuropa durchaus auch im konservativen und teilweise auch im linken Spektrum erfolgreich ist. Das in der frühen Nachkriegszeit von Teilen des westlichen Rechtsextremismus verfochtene rassistisch und/oder abendländisch-antikommunistisch begründete Konzept der "Nation Europa"²² spielt heute keine Rolle mehr.

Das Ergebnis der Europawahlen im Lichte des Links-Rechts-Schemas

Tabelle 3 enthält die in Tabelle 2 gelisteten 19 rechtsgerichteten EU-skeptischen bis EU-feindlichen Parteien mit ihren insgesamt 95 Mandaten, aufgeschlüsselt nach drei Typen:

- rechtskonservative bzw. nationalkonservative Parteien,
- systemkonforme bzw. systemkritische rechtsextreme Parteien,
- systemfeindliche rechtsextreme Parteien.

Von den 19 Parteien wurden jeweils acht den rechtskonservativen Parteien und den systemkonformen bzw. systemkritischen rechtsextremen Parteien und drei den systemfeindlichen rechtsextremen Parteien zugeordnet. Die systemfeindlichen Rechtsextremisten besetzen zusammen sieben Mandate im Europaparlament, die Rechtskonservativen 42 und die systemkonformen bzw. systemkritischen Rechtsextremisten 46. Die rechtsextremen Hardliner spielen also keine Rolle, die angepassten Rechtsextremisten und die Rechtskonservativen teilen sich etwa zur Hälfte die Man-

22 Richard Stöss: Zur Vernetzung der extremen Rechten in Europa. Referat auf dem DVPW-Kongress 2000 in Halle im Rahmen der Sektion "Politische Soziologie" am 4. Oktober 2000, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 5, Berlin, April 2001, S. 25 ff. (Im Internet: <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/schriften/Arbeitshefte/RexDVPW.pdf?1367710536>).

date am rechten Rand. Ein Vergleich der Wahlergebnisse von 2009 und 2014 ergibt für die hier betrachteten Parteien folgendes Bild (Tabelle 4):

Die systemfeindlichen rechtsextremen Parteien haben 2014 knapp die Hälfte der Mandate von 2009 (5 von 12) eingebüßt. Das liegt vor allem daran, dass die bulgarische Ataka, die britische Nationalpartei (BNP) und die Großrumänienpartei (PRM) nicht mehr im Europaparlament vertreten sind. Generell ist festzustellen, dass sich die Gewichte innerhalb des rechtsextremen Lagers weiter zugunsten des angepassten Rechtsextremismus verlagert haben. Die systemkonformen bzw. systemkritischen rechtsextremen Parteien konnten die Anzahl ihrer Mandate gegenüber 2009 nahezu verdoppeln (von 26 auf 46). Vorreiter ist der französische FN, der sich von drei auf 24 Mandate steigerte. Zugelegt haben auch die Dänische Volkspartei (DF), die Wahren Finnen (PS), die Freiheitlichen in Österreich (FPÖ) und die Schwedendemokraten (SD). Einige Parteien dieses Typs mussten aber auch Verluste hinnehmen (VB, LN) und andere sind nicht mehr im Parlament vertreten (LAOS, SNS). Die rechtskonservativen Parteien verbesserten sich zwischen 2009 und 2014 sogar fast um das Dreifache von 15 auf 42 Sitze. Die meisten Parteien dieses Typs wurden nämlich erst während der Legislaturperiode gegründet. Eine Ausnahme bilden die litauische Partei der Ordnung und Gerechtigkeit (TT), die allerdings bei zwei Mandaten stagniert, und die britische UKIP, die von 13 auf 24 Abgeordnete zulegte.

In der Tendenz hat sich also das gemäßigte Auftreten der rechtsextremen Parteien des Typs 2 in der Alltagspraxis und damit die Annäherung an den Typ 1 bei den diesjährigen Europawahlen bezahlt gemacht. Radikale Positionen, wie sie von den systemfeindlichen rechtsextremen Parteien vertreten werden, stoßen – jedenfalls im EU-europäischen Durchschnitt - nur noch auf geringe Resonanz. Neu am rechten Rand ist aber nicht nur die (taktische) Mäßigung des Rechtsextremismus, sondern auch das plötzliche Erstarken des rechtskonservativen Sektors. Darauf werde ich später zurückkommen.

Dass die europäischen Parlamentsparteien bzw. die gewählten Abgeordneten nur dann politischen Einfluss ausüben können, wenn sie sich zu (mit reichlich Ressourcen und Rechten ausgestatteten) Fraktionen zusammenschließen, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Dass die EU-skeptischen bis EU-feindlichen Parteien keine gemeinsame Fraktion bilden, wurde bereits erwähnt. Denn das Merkmal "EU-Skepsis" ist viel zu diffus, als dass es als gemeinsame Plattform für ein politisches

Bündnis erhalten könnte. Aber auch die drei nach ideologisch-programmatischen Gesichtspunkten gebildeten Parteytypen am rechten Rand taugten nicht zur Fraktionsbildung (Mindestanforderung: 25 MdEP aus sieben verschiedenen Mitgliedsländern).

Zunächst sah es so aus, als ob es den angepassten Rechtsextremisten unter der Ägide von Marine Le Pen (FN) und Geert Wilders (PVV) gelingen würde, eine eigene Fraktion zu bilden. Am 12. Juni 2014 meldete die Presse (z.B. die SZ), dass 44 Abgeordnete aus sieben Ländern mit von der Partie seien: der französische FN (24 Deputierte), die italienische LN (5), der belgische VB (1), die niederländische PVV (4), die FPÖ (4), die polnische KNP (4) und die litauische TT (2). Allerdings verstrich die Anmeldefrist für Fraktionen am 23. Juni, 24:00 Uhr, ohne dass die Meldung einer Fraktion erfolgt wäre. Später erklärte Wilders, eine Zusammenarbeit mit der polnischen KNP (Kongress der Neuen Rechten) sei ihm wegen homophober, antisemitischer und frauenfeindlicher Positionen des wohl recht eigenwilligen Parteichefs Janusz Korwin-Mikke nicht möglich gewesen (SZ v. 25.6.2014, TAZ v. 25.6.2014). Da die beiden Abgeordneten der litauischen TT (Partei der Ordnung und Gerechtigkeit) zur selben Zeit als Mitglieder der Fraktion Europa der Freiheit und der Direkten Demokratie (EFDD) gemeldet wurden, liegt der Verdacht nahe, dass Wilders weitere Gründe des Scheiterns einer rechtsextremen Allianz verschwiegen hat, möglicherweise auch Differenzen mit Marine Le Pen.

Die Geschichte der rechtsextremen Parteien im Europaparlament seit 1979 zeigt nämlich, dass ihr Nationalismus und die von ihnen vertretenen nationalen Sonderinteressen die Zusammenarbeit enorm erschweren²³: 1979-84 keine Fraktion. 1984-89 Fraktion der europäischen Rechten: FN (10), MSI (5), EPEN (1). 1989-94 Technische Fraktion der europäischen Rechten²⁴ (keine Verbindlichkeit, kein Fraktionszwang): FN (10), REP (6), VB (1). 1994-99 und 1999-2004 keine Fraktion. In der Periode 2004-09 existierte von Januar bis November 2007 die Fraktion Identität, Tradition, Souveränität (ITS) mit 23 Deputierten aus sieben Ländern.: VB (3), Ataka (3), FN (7), AS (1), MSFT (1), FPÖ (1), PRM (5) sowie zwei parteiungebundene Personen aus Großbritannien und Rumänien. Als sich die Abgeordnete der italienischen AS (Soziale Alternative) Alessandra Mussolini (eine Enkelin des Duce) in diskriminierender Weise über die rumänischen Roma in Italien äußerte, verlie-

23 Vgl. dazu Stöss (Anm. 22).

24 Der MSI war wegen eines Konflikts über die Südtirolfrage (deutsch oder italienisch?) nicht beteiligt.

ßen die fünf Delegierten der Großrumänienpartei (PRM) die Fraktion, die damit nicht mehr die Mindestbedingungen (20 MdEP aus sechs Mitgliedsstaaten) erfüllte. 2009-13 keine Fraktion.

Mit Ausnahme der litauischen TT und einer FN-Deputierten befinden sich alle Abgeordneten der für eine rechtsextreme Fraktion im Europaparlament in Aussicht genommenen Parteien (41) in der Gruppe der Fraktionslosen (NI). Dazu gehören weiterhin die sieben Vertreter der drei systemfeindlichen rechtsextremen Parteien sowie zwei griechische Kommunisten und je ein Abgeordneter aus Deutschland (Die Partei) und Nordirland (DUP). Von den insgesamt 52 Nichteingetragenen sind folglich 48 dem rechten Rand zuzuordnen. Daher erscheint es durchaus gerechtfertigt, die Gruppe insgesamt statistisch und in der Sitzordnung des Parlaments rechts außen zu platzieren.

Die Abgeordneten von acht der insgesamt 11 rechtsextremen Parteien sind derzeit also fraktionslos. Dass bislang keine rechtsextreme Fraktion zustande gekommen ist, liegt aber nicht nur an den erwähnten Vorbehalten von Geert Wilders und auch nicht nur daran, dass die Vertreter des gemäßigten Rechtsextremismus nicht mit den Parteien des systemfeindlichen Rechtsextremismus kooperieren wollen. Eine wichtige Ursache besteht zudem darin, dass es den in der EKR-Fraktion versammelten etablierten Konservativen gelungen ist, zwei Parteien aus dem Bereich des angepassten Rechtsextremismus, nämlich die Dänische Volkspartei (DF) und die Wahren Finnen (PS), in ihren Verbund zu integrieren. Überdies rekrutierte die EKR-Fraktion aus der Gruppe der rechtskonservativen Parteien die Mitglieder von vier Organisationen (AfD, ANEL, BBT u.a., NA). Damit sind 17 ihrer insgesamt 70 Abgeordneten²⁵, also immerhin ein Viertel, politisch dem rechten Rand zuzuordnen (Tabelle 5).

Von den 42 Mitgliedern der acht rechtskonservativen Parteien haben sich 11 Personen in vier Parteien der EKR angeschlossen, und die vier Deputierten der polnischen KNP sind fraktionslos. Die restlichen 27 Abgeordneten (darunter 24 der UKIP) bilden mit einer ehemaligen FN-Abgeordneten und zwei Wahren Finnen sowie einem Vertreter der lettischen ZZS (Bündnis aus Bauernverband und Grünen) und 17 Abgeordneten der italienischen Fünfsternebewegung (M5S) die mehrheitlich rechtskonservative Fraktion Europa der Freiheit und der Direkten Demokratie (EFDD). Sie erfüllt mit 48 Personen aus sieben Mitgliedsländern gerade einmal die Mindestanforderungen für eine

25 Darunter 19 britische Konservative, ebenfalls 19 Vertreter der polnischen PiS, sieben Abgeordnete der deutschen AfD und je vier Abgeordnete der Dänischen Volkspartei und der belgischen Neu-Flämischen Allianz.

Fraktion im Europaparlament (Tabelle 5). Daher stellt sich beispielsweise die Frage, wie lange es zwei so unterschiedliche Parteien wie die UKIP und der M5S mit zwei so verschiedenartigen Persönlichkeiten an der Spitze wie Nigel Farage und Beppe Grillo miteinander aushalten. Aber auch andere Mitglieder könnten die Fraktion zu Fall bringen, wovon wohl vor allem die EKR profitieren dürfte. Die Konkurrenzsituation zwischen der EKR und der EF(D)D wurde bereits erwähnt. Möglich wäre es allerdings auch, dass die EFDD Zulauf von Fraktionslosen aus dem Bereich des systemkonformen bzw. systemkritischen Rechtsextremismus erhält, beispielsweise von der PVV oder der FPÖ.

Zum besseren Verständnis der Dynamik am rechten Rand des europäischen Parteiengefüges werden nun alle Fraktionen im Europaparlament sowie die Fraktionslosen in die Analyse mit einbezogen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Anzahl der Abgeordneten von 766 (2009) auf 751 (2014) abgenommen hat.

Ein Vergleich der prozentualen Mandatsanteile von 2009 und 2014 (Tabelle 6) ergibt, dass die Anteile der Christdemokraten (EVP) und der Liberalen (ALDE) gesunken, der Sozialdemokraten (S&D) und der Grünen (Grüne/EFA) unverändert geblieben und die der Sozialisten (GUE/NGL), der etablierten Konservativen (EKR), der Rechtskonservativen (EF[D]D) und der Fraktionslosen (NI) gestiegen sind. Wenn die Fraktionen entlang der Links-rechts-Achse gruppiert werden, dann zeigt sich, dass sich die Stärkeverhältnisse des linken und des rechten Spektrums kaum verändert haben (Tabelle 8): Die Parteien des linken Spektrums verfügen derzeit über 40 Prozent der Sitze, was ein Plus von zwei Prozentpunkten (PP) gegenüber 2009 bedeutet. Das rechte Spektrum (einschließlich der Fraktionslosen) zählt folglich 60 Prozent der Abgeordneten, bei einem Minus von zwei PP. So gesehen hat bei den diesjährigen Europawahlen keine Rechtsverschiebung stattgefunden. Innerhalb des rechten Spektrums ist allerdings eine Gewichtsverlagerung zu konstatieren: Weg von den Liberalen und den Christdemokraten (-9 PP), hin zu den (etablierten) Konservativen und den zumeist rechtsextremen Fraktionslosen (+7 PP).

Da sich hinter den Veränderungen der Mandatsanteile größere absolute Verschiebungen verbergen, werfen wir noch einen Blick auf die Entwicklung der Mandatszahlen (Tabelle 7): Der Zuwachs des linken Spektrums von zwei PP beruht darauf, dass Sozialdemokraten und Grüne 12 Mandate verloren, die Sozialisten aber 17 Mandate gewonnen haben. Innerhalb des rechten Spektrums stellen die Christdemokraten die großen Verlierer dar, sie haben 53 Sitze eingebüßt, die Liberalen

weitere 16. Obwohl das Parlament um 15 Positionen geschrumpft ist, haben die (etablierten) Konservativen 30 Deputierte und die Rechtsextremisten weitere 19 hinzugewonnen.

Selbst wenn man die krude Links-Rechts-Spaltung ablehnt und ein differenzierteres Modell präferiert, ergibt sich kein prinzipiell anderes Bild (Tabelle 9): Die Fraktionen des Zentrums verlieren 68 Sitze, der linke Rand gewinnt 17 und der rechte Rand 36 Mandate. Innerhalb des Zentrums verzeichnen alle Fraktionen Einbußen, nur die etablierten Konservativen legen zu. Sie und der rechte Rand sind die Gewinner der Europawahlen 2014, Verlierer sind vor allem die Christdemokraten und die Liberalen. Wir haben es also mit einer Rechtsverschiebung innerhalb des rechten Spektrums zu tun.

Ergebnis und Bewertung

Als Ergebnis der Europawahlen 2014 wurde unisono festgestellt, dass die zumeist rechten EU-Skeptiker deutlich zugelegt hätten und Europa damit nach rechts gerückt sei. EU-Skepsis wurde daher oft auch mit Populismus, Rechtsextremismus oder mit Protest in Verbindung gebracht oder gar vermischt, was begriffliche Unsicherheit signalisierte. Jedenfalls avancierte EU-Skepsis zu einer Schlüsselkategorie bei der Analyse und Interpretation des Wahlergebnisses. Im Zentrum der Wahlentscheidung habe nicht der Links-Rechts-Konflikt gestanden sondern die Befürwortung der oder die Gegnerschaft zur europäischen Integration. Ich habe diese Sichtweise eingangs kritisiert: Es werde nicht zwischen berechtigter und destruktiver Kritik an der EU unterschieden, rechte und linke EU-Skepsis würden trotz unterschiedlicher Motive in eine Schublade gepackt und schließlich (und damit zusammenhängend) sei EU-Skepsis für die Konstruktion eines Parteytyps oder einer Parteienfamilie wegen der breiten ideologisch-programmatischen Varianz der in Frage kommenden Parteien völlig ungeeignet. Daher stellt sich zum einen die Frage nach den Ursachen für die plötzliche Prominenz des Begriffs EU-Skepsis und nach seiner analytischen Potenz. Zum anderen verlangen die spektakulären Wahlergebnisse von einigen Rechtsaußenparteien Aufklärung über die tatsächlichen Entwicklungen und Kräfteverhältnisse am rechten Rand des europäischen Parteiengefüges. Welchen Beitrag leistet dazu das Skeptizismus-Konzept?

Die in ausgewählten Printmedien erwähnten insgesamt 19 rechtsgerichteten EU-skeptischen bis EU-feindlichen Parteien im Europaparlament machen zehn Prozent der 182 dort vertretenen Par-

teien aus. Sie besetzen 95 von 751 Mandaten, was einem Anteil von 13 Prozent entspricht. Bemerkenswert an diesem Befund ist weniger der Umstand, dass sich die Bedrohung des Parlaments durch diese 19 Parteien in überschaubaren Grenzen hält. Wie vermutet weist die Liste vielmehr eine breite Varianz von sehr unterschiedlichen Parteien auf, die von der deutschen AfD über den französischen FN bis hin zur griechischen Goldenen Morgenröte reicht. Sie alle unter der Überschrift EU-skeptisch in einer einzigen Familie zu versammeln, ist analytisch wenig ertragreich und stellt zudem eine Verharmlosung des Rechtsextremismus dar. Realitätsgerechter ist eine Typologie entlang der Links-Rechts-Achse, die rechtskonservative Parteien, systemkonforme oder systemkritische rechtsextreme Parteien und schließlich systemfeindliche rechtsextreme Parteien als unterschiedliche Parteitypen ausweist.

Dass diese drei Typen, die den rechten Rand der im Europaparlament vertretenen Parteien bilden, keine einheitliche Fraktion zustande bringen können, versteht sich von selbst. Der rechte Rand ist sogar so inhomogen, dass es nicht einmal den einzelnen Parteitypen gelingt, eigene Fraktionen zu bilden. Da im Europaparlament Macht vor allem von Fraktionen ausgeübt wird, dürfte der Einfluss der rechtsextremen Abgeordneten derzeit gering sein, denn die meisten von ihnen sind fraktionslos. Und dies, obwohl sich innerhalb des rechtsextremen Lagers eine von den Wählern auch honorierte "Deradikalisierung" in der Alltagspraxis vollzogen hat und die systemfeindlichen Kräfte mittlerweile nahezu bedeutungslos sind. Dennoch ist es nicht gelungen, konservative Kräfte für eine Fraktionsbildung mit ins Boot zu holen. Im Gegenteil: Zwei konservative Fraktionen konnten sich – wenn auch in bescheidenem Umfang – beim Rechtsextremismus bedienen.

Die rechtskonservative Fraktion EFDD ist derzeit die einzige Fraktion, die sich mehrheitlich aus Deputierten des rechten Randes zusammensetzt. Die Fraktion der etablierten Konservativen, die EKR, rekrutierte immerhin 17 ihrer insgesamt 70 Abgeordneten vom rechten Rand. EFDD und EKR sind neben den Sozialisten die beiden einzigen Fraktionen, die bei den Wahlen 2014 gegenüber 2009 zugelegt haben. Gewonnen haben zwar auch die Rechtsextremisten, die aber keine eigene Fraktion bilden konnten. Wir haben es also insgesamt mit einer Rechtsverschiebung innerhalb des rechten Spektrums zu tun. Dabei handelt es sich de facto um einen Machtzuwachs der beiden konservativen Fraktionen zulasten der Christdemokraten und der Liberalen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang vor allem, dass sich der etablierte Konservatismus in den rechten Rand hinein ausgedehnt hat und nun den Boden bis hin zum systemkonformen Rechtsextremismus

spannt. Die Öffnung des etablierten Konservatismus gegenüber dem Rechtsextremismus dürfte auch durch dessen Anpassungstendenzen begünstigt worden sein.

Die Dynamik im rechten Spektrum des europäischen Parteiengefüges wird von dem Konzept EU-Skepsis nachgerade vernebelt. Denn es blendet die Rolle des christlichen wie des laizistischen Konservatismus völlig aus. EU-Skepsis ist nicht auf die immer wieder genannten 19 rechtsgerichteten Parteien im Europaparlament beschränkt. Das Konzept schützt den Konservatismus aber nicht nur vor dem Vorwurf, selbst EU-skeptisch zu sein und EU-skeptische Tendenzen zu begünstigen. Es verdeckt zudem die Komplizenschaft des etablierten Konservatismus mit Kräften am rechten Rand des Parteienspektrums.

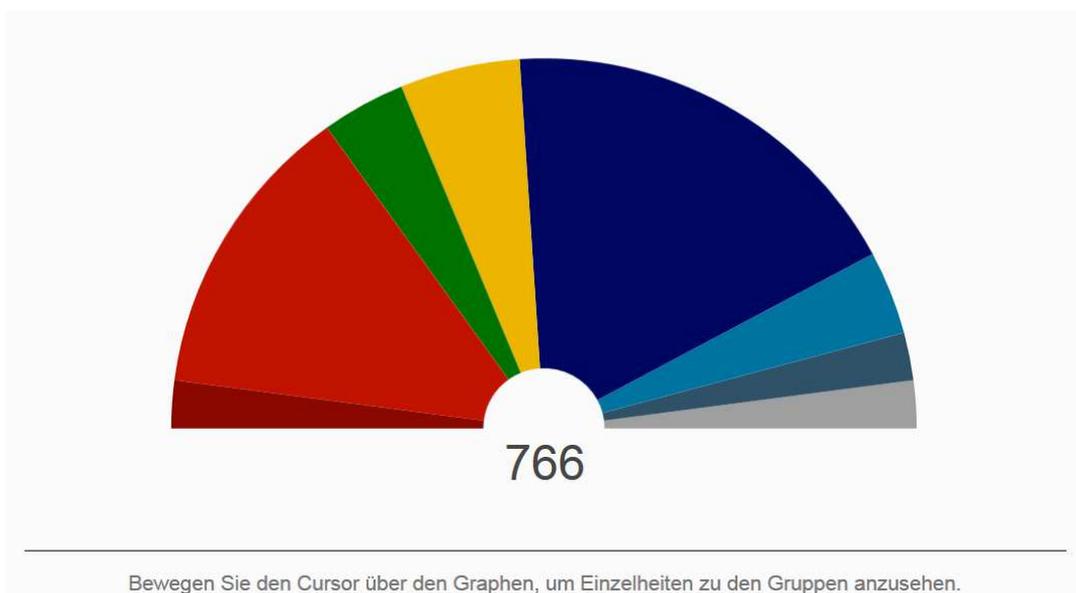
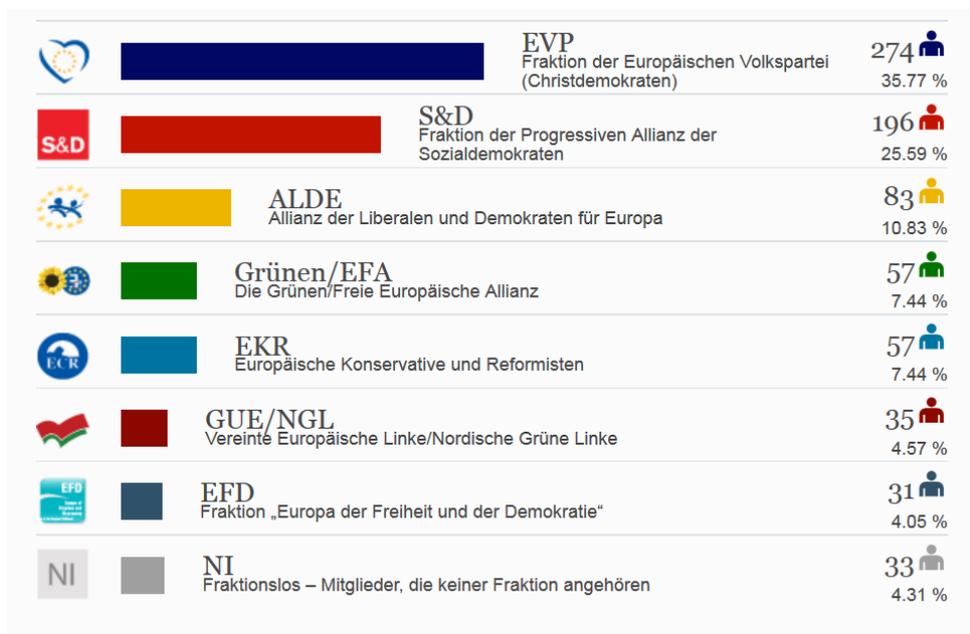
Die Bezeichnungen "Euro-skeptische Partei", "europaskeptische Partei" oder "EU-skeptische Partei" sind als Grundlage für eine Partei typologie ungeeignet, weil sie auf viele ideologisch-programmatisch sehr unterschiedliche Parteien zutreffen. Ihre Verwendung dürfte darauf abzielen, nonkonforme Bestrebungen pauschal zu diskreditieren, ohne nach deren Ursachen, Motive und Ziele zu fragen. Oft erwachsen derartige Bestrebungen aus dauerhafter Unzufriedenheit von relevanten sozialen Gruppen mit der Politik von etablierten Parteien. Diese neigen dazu, derart Abtrünnige zu stigmatisieren, abzuwerten und auszugrenzen, um von eigenen Fehlern abzulenken. Die Beziehungen der SPD zu den Grünen und dann zur PDS/Linkspartei sind noch erinnerlich. Ähnliches bahnt sich derzeit zwischen CDU/CSU und AfD an.

Anhang:

Grafiken und Tabellen

Abkürzungsverzeichnis

Grafik 1: Das Ergebnis der Europawahlen 2009



Quelle: <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/election-results-2009.html> (21.6.2014)

**Grafik 2:
Die Fraktionen im Europaparlament
auf der Links-Rechts-Achse**

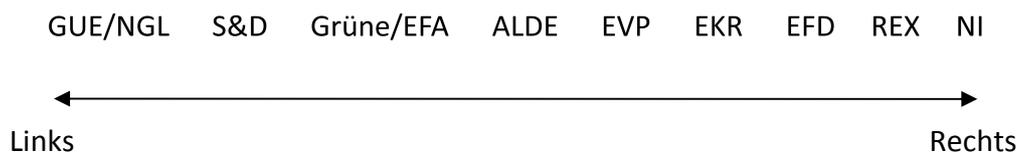


Tabelle 1: EU-Skeptiker im Europäischen Parlament: Drei Szenarien zur Europawahl						
Sitze im Plenum des EP						
Szenario	Gemäßigte EU-Skeptiker von rechts	Harte EU-Skeptiker von rechts	Gemäßigte EU-Skeptiker von links	Harte EU-Skeptiker von links	Anteil gesamt (%)	Sitze gesamt
1	77	5	36	10	17,0	128
2	100	7	44	12	21,7	163
3	127	9	52	15	27,0	203

Quelle: Deutsche Bank Research, EU-Monitor Europäische Integration, 31.1.2014.

Tabelle 2:
Nationale Stimmenanteile und Mandate von
rechtsgerichteten EU-skeptischen bis EU-feindlichen Parteien
bei den Europawahlen 2014

Land	Partei	Anteile	Mandate
Belgien	VB	4,1	1
Bulgarien	BBT u.a.	10,7	2
Dänemark	DF	26,6	4
Deutschland	AfD	7,0	7
Deutschland	NPD	1,0	1
Finnland	PS	12,9	2
Frankreich	FN	25,0	24
Griechenland	XA	9,4	3
Griechenland	ANEL	3,5	1
Großbritannien	UKIP	26,8	24
Italien	LN	6,2	5
Lettland	NA	14,3	1
Litauen	TT	14,3	2
Niederlande	PVV	13,3	4
Österreich	FPÖ	19,7	4
Polen	KNP	7,2	4
Schweden	SD	9,7	2
Tschechien	SSO	5,2	1
Ungarn	Jobbik	14,7	3

Summe Länder: 17	Summe Parteien: 19	Summe Mandate: 95
-------------------------	---------------------------	--------------------------

Quellen: <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-be-2014.html>
 (20.6.2014) sowie v.a. SPIEGEL.DE (29.5.2014), Referenz "EP/dpa", und SZ v. 27.5.2014, S. 6 f.

Tabelle 3: Typologie der Parteien am rechten Rand bei den Europawahlen 2014 (in Klammern Mandate)		
Rechtskonservative bzw. nationalkonservative Parteien	Systemkonforme bzw. systemkritische rechtsextreme Parteien	Systemfeindliche rechtsextreme Parteien
AfD (7)	DF (4)	Jobbik (3)
ANEL (1)	FN (24)	NPD (1)
BBT u.a. (2)	FPÖ (4)	XA (3)
KNP (4)	LN (5)	
NA (1)	PS (2)	
SSO (1)	PVV (4)	
TT (2)	SD (2)	
UKIP (24)	VB (1)	
Summe Mandate: 42	Summe Mandate: 46	Summe Mandate: 7

Tabelle 4: Typologie der Parteien am rechten Rand bei den Europawahlen 2014 und 2009 (in runden Klammern Mandate 2014, in eckigen Klammern Mandate 2009)		
Rechtskonservative bzw. nationalkonservative Parteien	Systemkonforme bzw. systemkritische rechtsextreme Parteien	Systemfeindliche rechtsextreme Parteien
AfD (7) [0]	DF (4) [2]	NPD (1) [0]
ANEL (1) [0]	FN (24) [3]	XA (3) [2]
BBT u.a. (2) [0]	FPÖ (4) [2]	Jobbik (3) [3]
KNP (4) [0]	LAOS [0] [2]	Ataka (0) [2]
NA (1) [0]	LN (5) [9]	BNP (0) [2]
SSO (1) [0]	PS (2) [1]	PRM (0) [3]
TT (2) [2]	PVV (4) [4]	
UKIP (24) [13]	SD (2) [0]	
	SNS [0] [1]	
	VB (1) [2]	
Summe: (42) [15]	Summe: (46) [26]	Summe: (7) [12]

Tabelle 5:
Parteien am rechten Rand bei den Europawahlen 2014
nach Typen und Fraktionen
 (in Klammern Mandate, Stand: 1.7.2014)

Rechtskonservative bzw. nationalkonservative Parteien	Systemkonforme bzw. systemkritische rechtsextreme Parteien	Systemfeindliche rechtsextreme Parteien
AfD (7)	DF (4)	Jobbik (3)
ANEL (1)	FN (24)*	NPD (1)
BBT u.a. (2)	FPÖ (4)	XA (3)
KNP (4)	LN (5)	
NA (1)	PS (2)	
SSO (1)	PVV (4)	
TT (2)	SD (2)	
UKIP (24)	VB (1)	

Quelle: <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/election-results-2014.html> (1.7.2014)

* Davon 1 Mitglied zur Fraktion EFFD

Gelb: Fraktion Europäische Konservative und Reformisten (EKR)
 insgesamt 70 Abgeordnete aus 15 Ländern

Orange: Fraktion Europa der Freiheit und der Direkten Demokratie (EFDD)
 48 Abgeordnete aus 7 Ländern, darunter
 1 für den FN gewählt, dann aber ausgetretene Abgeordnete (Joëlle Bergeron)
 1 MdEP ZZS
 17 MdEP M5S

Grau: Fraktionslose (NI)
 Insgesamt 52, davon 44 Rechtsextremisten und 4 Rechtskonservative

Tabelle 6:				
Fraktionen im Europaparlament 2009 und 2014				
(absolute und relative Anzahl der Mandate, Stand: 1.7.2014)				
	2009		2014	
	abs.	%	abs.	%
EVP	274	36	221	29
S&D	196	26	191	26
ALDE	83	11	67	9
Grüne/EFA	57	7	50	7
EKR	57	7	70	9
GUE/NGL	35	5	52	7
EF(D)D	31	4	48	6
REX	0	0	0	0
NI	33	4	52	7
Insgesamt	766	100	751	100

Quelle: <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/election-results-2009.html> (1.7.20014)
sowie: <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/election-results-2014.html> (1.7.2014)

Tabelle 7:			
Fraktionen im Europaparlament 2009 und 2014			
(Anzahl der Mandate sowie Differenz 2014-2009, Stand: 1.7.2014)			
	2009	2014	Diff 2014-2009
GUE/NGL	35	52	+17
S&D	196	191	-5
Grüne/EFA	57	50	-7
Summe linkes Spektrum	288	293	+5
ALDE	83	67	-16
EVP	274	221	-53
EKR	57	70	+13
EF(D)D	31	48	+17
REX	0	0	0
NI	33	52	+19
Summe rechtes Spektrum	478	458	-20
Insgesamt	766	751	-15

Tabelle 8: Fraktionen im Europaparlament 2009 und 2014 (Anteil der Mandate [Prozent] sowie Differenz 2014-2009 [Prozentpunkte], Stand: 1.7.2014)			
	2009	2014	Diff 2014-2009
GUE/NGL	5	7	+2
S&D	26	26	0
Grüne/EFA	7	7	0
Summe linkes Spektrum	38	40	+2
ALDE	11	9	-2
EVP	36	29	-7
EKR	7	9	+2
EF(D)D	4	6	+2
REX	0	0	0
NI	4	7	+3
Summe rechtes Spektrum	62	60	-2

Tabelle 9: Fraktionen im Europaparlament 2009 und 2014 (Anzahl der Mandate sowie Differenz 2014-2009, Stand: 1.7.2014)				
		2009	2014	Diff 2014-2009
Linker Rand	GUE/NGL	35	52	+17
	Summe	35	52	+17
Zentrum	S&D	196	191	-5
	Grüne/EFA	57	50	-7
	ALDE	83	67	-16
	EVP	274	221	-53
	EKR	57	70	+13
	Summe	667	599	-68
Rechter Rand	EF(D)D	31	48	+17
	REX	0	0	0
	NI	33	52	+19
	Summe	64	100	+36
Insgesamt		766	751	-15

Abkürzungsverzeichnis

(offizielle Abkürzungen, deutsche Bezeichnungen und Herkunftsland bzw. Europaparlament)

AfD	Alternative für Deutschland	Deutschland
ALDE	Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa	Europaparlament
ANEL	Unabhängige Griechen	Griechenland
AS	Soziale Alternative	Italien
Ataka	Attacke	Bulgarien
BBT u.a.	Bulgarien ohne Zensur u.a.	Bulgarien
BNP	Britische Nationalpartei	Großbritannien
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands	Deutschland
DF	Dänische Volkspartei	Dänemark
DUP	Demokratische Unionistische Partei	Nordirland
EF(D)D	Fraktion Europa der Freiheit und der Demokratie, seit 1.7.2014: Fraktion Europa der Freiheit und der Direkten Demokratie	Europaparlament
EKR	Europäische Konservative und Reformisten	Europaparlament
EPEN	Nationale Politische Union	Griechenland
EVP	Fraktion der Europäischen Volkspartei	Europaparlament
FI	Vorwärts Italien	Italien
FIDESZ-MPSZ	Bund Junger Demokraten/Ungarischer Bürgerbund	Ungarn
FN	Nationale Front	Frankreich
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs	Österreich
Grüne/EFA	Die Grünen/Freie Europäische Allianz	Europaparlament
GUE/NGL	Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke	Europaparlament
ITS	Fraktion Identität, Tradition, Souveränität	Europaparlament
Jobbik	Bewegung für ein besseres Ungarn	Ungarn
KNP	Kongress der Neuen Rechten	Polen
LAOS	Orthodoxe Volksbewegung	Griechenland
LN	Liga Nord	Italien
M5S	Fünf-Sterne-Bewegung	Italien
MSFT	Sozialbewegung der dreifarbigigen Flamme	Italien
MSI	Italienische Sozialbewegung	Italien
NA	Koalition Nationale Allianz	Lettland
NI	Nicht Eingeschriebene (Fraktionslose)	Europaparlament
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands	Deutschland
PiS	Recht und Gerechtigkeit	Polen
PRM	Großrumänienpartei	Rumänien
PS	Wahre Finnen bzw. Basisfinnen	Finnland
PVV	Partei für die Freiheit	Niederlande
REP	Die Republikaner	Deutschland
REX	Rechtsextremisten	Europaparlament
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten	Europaparlament
SD	Schwedendemokraten	Schweden
SNS	Slowakische Nationalpartei	Slowakei

Forts. Abkürzungsverzeichnis

SSO	Partei der freien Bürger	Tschechien
TT	Partei der Ordnung und Gerechtigkeit	Litauen
UKIP	Unabhängigkeitspartei des Vereinigten Königreichs	Großbritannien
VB	Flämischer Block, ab 2004 Flämische Interessen	Belgien
XA	Goldene Morgenröte	Griechenland
ZZS	Bündnis aus Bauernverband und Grünen	Lettland